

Januar 2016

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

GE  W 161


Zeitung für alle Beschäftigten an Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck



**"Wenn niemand die Welt zerstört,
muss sie auch niemand retten.
Wenn niemand andere Länder
zerbombt und Kriege munitioniert,
verlieren Menschen nicht ihre
Heimat.**

**Wenn niemand andere Länder
wirtschaftlich ausbeutet, gibt es
überall eine lebenswerte Zukunft!**

**Ich bin für eine
Verabschiedungskultur für
verantwortungslose und
heuchlerische Politiker.
Fluchtursachen bekämpfen - nicht
Flüchtlinge!"**

Sahra Wagenknecht

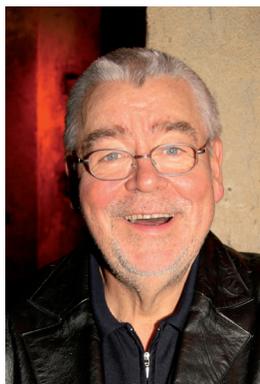
Einladung

**zur Jahreshauptversammlung mit Grünkohlessen
am Freitag, dem 19. Februar 2016 um 18:00 Uhr**

Ort: DGB-Haus der Jugend, Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

Thema: Kinderarmut in Deutschland

Referent: Prof. Christoph Butterwegge, Uni Köln



Auf ein Wort!

An dieser Stelle sei mir ein kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr gestattet. In unserer gewerkschaftlichen Arbeit hat es Höhen und Tiefen gegeben. Erfolgreich waren wir beim Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst. Hier konnten wir gemeinsam mit ver.di die Einkommensbedingungen für die

Beschäftigten spürbar verbessern. Gleiches gilt für den Gehaltstarifvertrag für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Bundesländer, also auch an den Schulen. Überhaupt nicht weiter gekommen sind wir jedoch mit unserem Anliegen, die Bezahlung der angestellten Lehrkräfte strukturell zu verbessern. Gemeint ist LEGO.

Nun gibt es zwar einen Tarifvertrag, abgeschlossen zwischen den Arbeitgebern und der Tarifunion des Beamtenbundes. Diesem Tarifvertrag konnte die GEW nicht beitreten. Er ist nicht zielführend und hat in einigen Teilen bei den Gehältern zu Verschlechterungen geführt. Es besteht also weiterhin für die GEW Handlungsbedarf. Wir müssen weiter kämpfen. Dabei müssen wir uns aber mit den Lehrerverbänden des Beamtenbundes kritisch auseinandersetzen.

Unsere gewerkschaftliche Arbeit fand vor dem Hintergrund von Krieg, Terror, Flüchtlingselend sowie einer Radikalisierung der Diskussion in unserem Lande statt, einer Radikalisierung, die vor Gewalt und Volksverhetzung nicht Halt machte. Auch hier gilt für uns in diesem neuen Jahr Flagge zu zeigen.

Menschen die zu Gewalt aufrufen und Wohnheime abbrennen, sollte man nicht als Pack bezeichnen. Das sind Verbrecher und wir erwarten, dass sie auch wie Verbrecher behandelt werden.

Wir setzen uns ein, für einen rechtstaatlichen, humanen Umgang mit den Kriegsflüchtlingsen und wir werden im Bildungsbereich, dafür kämpfen, dass die notwendigen Ressourcen für die Beschulung von Flüchtlingskindern bereit gestellt werden, damit wir bei unserer Arbeit in den Schulen und Einrichtungen effektiv arbeiten können.

In diesem Jahr finden wieder Personalratswahlen statt. In diesem Heft werden wir die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalräte der einzelnen Schulformen, soweit sie aus Gelsenkirchen und Gladbeck kommen, vorstellen. Dabei weisen wir darauf hin, dass wir in der nächsten GEW-Zeitung im April 2016 die Hauptpersonalräte und den örtlichen Grundschulpersonalrat vorstellen wollen.

Ich möchte an dieser Stelle dazu aufrufen, sich an den Wahlen zu beteiligen und Kolleginnen und Kollegen der GEW zu wählen, denn nur so haben Sie die Sicherheit, Leute in Personalräte zu entsenden, die die Gewähr dafür bieten, sich jederzeit für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen.

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt, Gesprächskreis am 28. Januar 2016	2
Einladung zur Jahreshauptversammlung, am 19. Februar 2016 Rechenschaftsbericht 2015	3
Kinderarmut in einem reichen Land	
GEW Mitglieder- und Vertrauensleutekonferenz am 8. März von 14 - 16 Uhr	4
Eine Klatsche gegen TTIP - Und was sagt Frau Merkel	5
Leserbrief Joachim Penzel	6
Anträge an den Gewerkschaftstag Beamtenbund fällt Lehrkräften in den Rücken Impressum	7
Bildung und Integration von Flüchtlingsen als kommunale Aufgabe	8-9
Wenn die Rente naht... Flüchtlingsarbeit des DGB in Gelsenkirchen Nachrufe	10
Predigt von Pastor Heising zum 1. Mai 2015	11-12
DGB-Filmpreis "Die Schüler der Madame Anne"	12
Lyrik & Prosa Kinderliteratur neu gelesen: Oh wie schön ist Panama	13
Ihre Kandidaten für Bezirkspersonalräte	14-15
GEW ehrt Jubilare	16

Wir nehmen kein Blatt vor den Mund

Der Gesprächskreis Inklusion
trifft sich
am Donnerstag, 28. Januar 2016
um 17.00 Uhr
in der Aula der Förderschule
an der Bergmannsglückstraße in
GE-Hassel

Es geht um unsere Inklusions-
erfahrungen in GE
vor dem Hintergrund
der Online-Umfrage der GEW

Stadtverband Gelsenkirchen

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Termin:

**Freitag, 19. Februar 2016
um 18:00 Uhr**

Ort:

**DGB-Haus der Jugend,
Gabelsbergerstraße 12,
45879 Gelsenkirchen**

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglieder der GEW sind, sowie über die Gladbecker. Der Stadtverband lädt alle Kolleginnen und Kollegen auf dieser Versammlung zu Grünkohl und Getränken ein.

Anmeldung (wäre hilfreich)
bitte bis **01.02.2016**.

Tagesordnung:

1. Regularien

Kassenbericht/Entlastung des Kassierers
Tätigkeitsbericht (TTIP/CETA, Streik...)

2. Gemeinsames Abendbrot

4. Referat von Prof Christoph Butterwegge mit anschließender Diskussion zum Thema Kinderarmut in Deutschland

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88 **Tel.:** 0209 513759
45899 Gelsenkirchen **Fax:** 0209 514207
Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 09:00 - 12:00 Uhr

Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2015

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am **27.02.2015** im DGB Haus der Jugend statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1222
Gelsenkirchen 1036, Gladbeck 186

Im Berichtszeitraum fanden 8 Vorstandssitzungen mit folgenden Themen statt:

- Terminplanung/Finanzplanung, Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit STV Gelsenkirchen und OV Gladbeck
- Vorbereitung JHV 19.02.2016 im DGB-Haus der Jugend
- Besonderes Themen: TTIP, Kinderarmut, Qualitätsoffensive
- Vorbereitung Jubilarehrung 2015 in der Awo Grenzstraße (Siehe Seite 16)
- Anträge an den Gewerkschaftstag 2016 (siehe Seite 7)
- Planung und Durchführung einer Vertrauensleuteschulung am 11.11.15.
- Zusammenarbeit mit den Personalräten
- Zusammenarbeit mit den Schwerbehindertenvertretungen
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen.
- Teilnahme an 3 Untergliederungsversammlungen
- Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt
 - JHV am 27.02.2015 im DGB-Haus der Jugend
 - Vertrauensleuteschulung am 11.11.2015
 - Jubilarehrung am 13.11.2015 mit Kabarett
 - Aufstellung von Personalratslisten
 - Personalratswahlkampf

Im Berichtszeitraum wurden Tarifinformationen, GEW Infos, Neues zu Lego, Info der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedensten Themen an die jeweiligen Schulformen gesandt.

Pressearbeit /Stadtverbandszeitungen
GE-W 160, GE-W 161

Der Vorstand

Kinderarmut in einem reichen Land

Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenmaßnahmen

Wenn wir uns auf unserer **Jahreshauptversammlung am 19. Februar** mit diesem Thema auseinandersetzen, betreten wir in Gelsenkirchen thematisch kein Neuland.

Dank unseres ehemaligen Stadtverbandsvorsitzenden, **Alfons Kunze**, haben wir im Stadtverband seit den 1990er Jahren an diesem Thema, speziell in Gelsenkirchen mitsamt der Em-scherzone gearbeitet.

Es ist zweifellos ein Verdienst von Alfons Kunze, dass dieses Thema in die Medien transportiert und so in den Fragehorizont von Politikern gerückt wurde.

Von einer Lösung dieses Problemes sind wir jedoch immer noch meilenweit entfernt.

Wir freuen uns mit **Professor Christoph Butterwegge** von der Universität zu Köln für unsere Jahreshauptversammlung einen herausragenden und sozial engagierten Kenner des Problems gewonnen zu haben.

Nach seinen Studien wachsen auch hierzulande viele Kinder und Jugendliche in materieller Not auf. Man spricht von einer „**Infantilisierung der Armut**“ und rechnet vor, dass Kinder die am häufigsten und am stärksten von Armut bedrohte Altersgruppe bilden. Berücksichtigt man die sog. Dunkelziffer, leben ca. 2,8 Mio. Kinder unter 15 Jahren von knapp 11 Millionen Kindern, die es in dieser Altersgruppe gibt, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau.

3,0 Mio. bis 3,3 Mio. Kinder und Jugendliche sind arm, wenn man andere, nichtmonetäre Kriterien anlegt. **Ungefähr jedes fünfte Kind wächst in relativer (Einkommens-)Armut auf**, was zu schweren psychosozialen Belastungen führen kann, fast zwangsläufig den Ausschluss junger Menschen aus vielen sozialen bzw. kulturellen Lebenszusammenhängen nach sich zieht und damit auch die Chancengleichheit in der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt.

In dem Referat geht es um die Erscheinungsformen der Kinderarmut, die gesellschaftlichen Ursachen und Gegenmaßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen müssen. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Arbeitslosigkeit und/oder Armut betroffen, weil **das neoliberale Projekt des „Umbaus“ der Gesellschaft und ihres Sozialstaates** auf Kosten vieler Eltern geht, die nicht mehr das Maß an Sicherheit haben wie die Nachkriegsgeneration: Von der gezielten Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“ (erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Werkvertragstätigkeit und Scheinselbstständigkeit) durch die Arbeitgeberseite über den durch erhöhte Mobilitäts- und Flexibilitätserwartungen der globalisierten Wirtschaft und beschleunigten Zerfall der „Normalfamilie“ bis zur „regressiven Modernisierung“ des Sozialstaates verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der heute Erwerbstätigen wie der ihnen nachfolgenden Generationen.

Kinderarmut ist die aktuell verbreitetste und brisanteste Armutsform in der Bundesrepublik, sie darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass es sich bei dem Phänomen um ein gesellschaftspolitisches Grundsatzproblem handelt, dass

auch andere Altersgruppen betroffen sind und dass sich die Struktur der Armutspopulation aufgrund der Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, der Kürzungen im Sozialbereich (z.B. Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verringerung der Beiträge zur Pflege- und Rentenversicherung, welche die Bundesanstalt für Arbeit entrichtet, Teilprivatisierung der Al-tersvorsorge), aber auch von Scheidungen und mehr unzureichend gesicherter Frauen wieder in Richtung der Senior(inn)en verschieben dürfte.

C. Butterwegge, K.- H. Mrosek

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Seine letzten Buchveröffentlichungen zum Thema: „Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“,

2. Aufl. Wiesbaden 2008; „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2012; „Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung“, Frankfurt am Main/New York 2012; „Krise und Zukunft des Sozialstaates“, 5. Aufl. Wiesbaden 2014; „Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?“, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2015



GEW Mitglieder- und Vertrauensleutekonferenz am 8. März von 14 - 16 Uhr

Thema: Aufsichtspflicht

Am 8. März 2016 findet in der Zeit von 14 - 16 Uhr im DGB-Haus der Jugend Gabelsbergerstraße 19 eine Fortbildung zum Themenbereich "Aufsichtspflicht" statt.

Junge Menschen ohne Deutschkenntnisse, verhaltensauffällige Kinder/Jugendliche und die ohnehin "normal" schwierigen Schülerinnen und Schüler sollen alle von einer Lehrkraft gebändigt und beaufsichtigt werden.

Geht das überhaupt noch? Was geschieht, wenn nicht? Wie können wir uns schützen?

Über diese Fragen wollen wir uns mit dem Referenten austauschen und Lösungen diskutieren. Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Anmeldungen bitte unter gew-ge@gmx.de Für Mitglieder entstehen keine Kosten. Nichtmitglieder entrichten einen Beitrag in Höhe von 5,00 €.

**Lothar Jacksteit
Leitungsteam**

Eine Klatsche gegen TTIP – Und was sagt Frau Merkel?

Nach Veranstalterangaben sind am 10. Oktober 2015 250.000 Menschen aus einem breiten Organisationsbündnis von Gewerkschaften, Umweltverbänden oder Verbraucherschützern nach Berlin gekommen und haben bei der größten Demonstration der vergangenen Jahre dem TTIP-Protest eine machtvolle Stimme verliehen. Dass dieser Schlag gegen die Lobbyisten von Bertelsmann, Ifo – Institut und Co. gesessen hat, zeigt der sogleich einsetzende Beißreflex der transatlantisch gleichgeschalteten Presse. BZ Kommentator Gunnar Schupelius nannte die Demonstranten „nationalistisch, fundamentalistisch und hysterisch“. Auf Spiegel Online wurde die Demo von Alexander Neubacher als „Schauermärchen vom rechten Rand“ diskreditiert und Torsten Krauel wittert in „Die Welt“ eine Querfront von Linken und Rechten.

Angesichts der weit über drei Millionen Unterschriften, die die Aktivisten gegen TTIP gesammelt hatten, ist die Position von Kanzlerin Merkel zu TTIP interessant. Wie reagiert sie auf den Massenprotest? Auf dem Kongress „Ja zu TTIP! Chancen nutzen, Interessen wahren, Zukunft gestalten“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion bezog sie Stellung. Das Paralleluniversum, in dem Frau Merkel lebt, wird aus einer ihrer Eingangsaussagen deutlich: „Noch nie waren die Parlamente in Europa so eng in die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen einbezogen wie in diesem Fall“. Warum fordert Bundestagspräsident Lammert dann eigentlich Leserechte der TTIP Dokumente für die Abgeordneten und droht gar mit dem Scheitern von TTIP? Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung haben lediglich einige Beamte an zwei Terminen in der Woche Einsicht in die TTIP-Dokumente, die in der US Botschaft in Berlin liegen. Zu befürchten ist, dass der Bundestag über ein Abkommen beschließen soll, welches die Abgeordneten nicht oder nur unzureichend kennen.

Frau Merkel begrüßt das Freihandelsabkommen wegen des Abbaus von Zöllen. Wenn man die Zölle, die zwischen der EU und den USA nur noch marginale Höhe haben, abbauen will, braucht man dazu aber nicht TTIP. Die TTIP - Lobbyisten Bertelsmann und das Ifo – Institut erwarten von dem Wegfall der Zölle folgerichtig kaum Wachstumsimpulse. Den großen Wurf versprechen sie sich vom Abschaffen nichttarifärer Hemmnisse (Verbraucherschutzregeln, Arbeitnehmerschutz, Umweltschutzrichtlinien etc.). Frau Merkel erkennt richtig, dass in diesem Bereich „Unwohl und Skepsis vieler angesiedelt sind“. Deren Argumente kontert sie mit einem Beispiel aus der Automobilindustrie, und zwar der Angleichung der Farben der Fahrtrichtungsanzeiger als Beispiel für Sicherheitsvorschriften. Es ist jedoch völlig gleichgültig, welche Farbe der Blinker eines Autos hat und es ist lächerlich, dieses Argu-

ment ins Feld zu führen, da gerade die Automobilindustrie ein schlechtes Beispiel für eine Industrie darstellt, die zum Wohle von Umwelt und Verbrauchern handelt. VW erleidet gerade in den USA wegen des Abgaskandals ihrer Dieselfahrzeuge eine schwere Schlappe nach der anderen. Was wäre aber, wenn TTIP schon in Kraft wäre? Nicht der Volkswagenkonzern stünde wegen ihrer Dreckschleudern in der Haftung, sondern die USA selber, weil ihre Umweltstandards, gegen die die VW-Dieselmotoren verstoßen, als ein Investitionshemmnis gelten würden und durch VW noch eine Investitionsschutzklage zu befürchten wäre. Das Schuldprinzip würde also umgekehrt und der Steuerzahler dürfte dafür noch bezahlen, dass er nicht vergiftet wird. Frau Merkel sieht dieses Problem nicht, sondern fabuliert von den Chancen, die im Investitionsschutz liegen. Dabei übersieht sie, dass die USA und die EU Länder keine Bananenrepubliken sind, sondern Rechtsstaaten mit einem funktionierenden Rechtssystem. Wir brauchen keinen Investorenschutz, der in eine Paralleljustiz mündet, egal ob die Richter aus privaten Anwaltskanzleien stammen oder öffentlich bestellt sind.



Auftaktkundgebung am Bahnhof

Was die wirtschaftlichen Auswirkungen von TTIP betrifft, erinnert man sich in CDU-Kreisen gern an den Satz von Jean Claude Juncker: „Wenn es eng wird, muss man lügen.“ So berichtet der stellvertretende parlamentarische Geschäftsführer der CDU Bundestagsfraktion Michael Grosse-Brömer in seinem Brief aus Berlin Nr. 29 vom 6.3.2015 aus einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) über TTIP: „In ihrer Studie geht die INSM auch von einer Steigerung des EU-Bruttoinlandsproduktes über 119 Milliarden Euro aus“. Hört sich gut an – nur leider gibt es die Studie gar nicht.

Interessant sind die Sachverhalte über die Frau Merkel nicht spricht. Zwar verspricht sie, dass die „hohen Standards des Arbeitnehmerschutzes in Deutschland“ nicht geschwächt würden. Auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall im Oktober 2015 erneuerte sie dieses Versprechen und prophezeite, dass TTIP auch den „deutschen Arbeitnehmern zugute“ kommen wird. Einen Beweis für ihre Aussage blieb sie aber schuldig. Vielmehr äußert sie sich mit keinem Wort dazu, dass die USA sechs der acht Kernarbeitsnormen der ILO (International La-

bour Organisation) nicht anerkannt hat. Angesichts dieser Tatsache und dem Umstand, dass sich in den USA eine regelrechte Industrie, die sich mit der Bekämpfung von Gewerkschaften (Union Busting) herausgebildet hat, ist es nicht möglich ein Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen. Die berechtigten Bedenken der Gewerkschaften auf diesem Gebiet interessieren Frau Merkel offensichtlich herzlich wenig. Von leeren Versprechungen dürfen wir uns deshalb nicht einwickeln lassen!

Kein Wort verliert Frau Merkel über die „regulatorische Kooperation“. Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch hatte dieses Element von TTIP im Frühjahr 2015 durch ein TTIP-Leak an die Öffentlichkeit gebracht. Danach haben Konzerne ein ‚Vetorecht‘ gegen Gesetzesinitiativen in den nationalen Parlamenten. TTIP ist als „living document“ konzipiert, d.h. die Unternehmenslobbyisten haben das Recht über sog. Expertenkomitees die TTIP Dokumente auch nachträglich ohne Zustimmung der nationalen Parlamente zu ändern. Das ist der große Schlag des Neoliberalismus gegen die Demokratie! Damit werden der Verbraucherschutz oder Umweltschutz den Erfordernissen der Märkte untergeordnet. Die Parlamente werden ihren Einfluss über diese Bereiche verlieren. Für Frau Merkel scheint es kein Problem zu sein, die Demokratie zum Opfer der Marktkonformität zu degradieren. Die Befürchtungen des britischen Politologen Crouch werden durch TTIP immer wahrscheinlicher: es gibt noch zum Schein demokratische Strukturen, u.a. das Wahlrecht. Allerdings werden die wichtigen Entscheidungen in den geheimen Machtzirkeln getroffen. Das Primat der Wirtschaft über die Politik wäre perfekt und das chinesische Staatsmodell, in dem der Staat die einzige Aufgabe hat, die Wirtschaft am Laufen zu halten und ansonsten demokratische Freiheitsrechte unterdrückt, würde zum internationalen Standard.



Ein Kommentar auf den ‚Nachdenkseiten‘ stellt resignierend fest: „Auch wenn eine Million Menschen auf die Straße gehen, würde Merkel von ihrer Zustimmung zum TTIP nicht abweichen, denn die Menschen in diesem Land waren ihr schon immer egal.“ Zu befürchten ist, dass die Bundesregierung sich durch den Massenprotest gegen TTIP nicht beeindruckt lässt, zumal auch die SPD unter ihrem Vorsitzenden Sigmar Gabriel an Marktkonformität nicht zu überbieten ist. In seinen jüngsten Äußerungen zu TTIP weicht er die Beschlusslage seiner eigenen Partei erheblich auf und bezahlte aus Steuergeldern 235.000 Euro für eine Anzeigenkampagne zugunsten von TTIP in Tageszeitungen. Zwar hält Gabriel die TTIP-Gegner für „reich und hysterisch“, eine öffentliche Diskussion mit Campact-Geschäftsführer Bautz geht er aus dem Weg. Nicht ohne Grund – wahrscheinlich würde Gabriel sich mit seinen Scheinargumenten für TTIP lächerlich machen.

Die GEW Vorsitzende Marlis Tepe bekräftigt in einer Presseerklärung das Festhalten der GEW am TTIP-Protest: „Konkurrenz, Wettbewerb und Exklusion sollen das Leitbild ‚guter Bildung für alle Menschen‘ ablösen. Bildung ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte dürfen nicht auf dem Altar der freien Märkte geopfert werden. Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards sollten gestärkt, die politische Handlungsfähigkeit demokratisch legitimierter Parlamente nicht beschnitten werden.“

Die GEW Vorsitzende Marlis Tepe bekräftigt in einer Presseerklärung das Festhalten der GEW am TTIP-Protest: „Konkurrenz, Wettbewerb und Exklusion sollen das Leitbild ‚guter Bildung für alle Menschen‘ ablösen. Bildung ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte dürfen nicht auf dem Altar der freien Märkte geopfert werden. Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards sollten gestärkt, die politische Handlungsfähigkeit demokratisch legitimierter Parlamente nicht beschnitten werden.“

Unsere Aufgabe als Gewerkschafter ist es, dafür Sorge zu tragen, dass sich unser Land nicht weiter vom Prinzip der marktkonformen Demokratie einwickeln lässt. Der Kampf gegen TTIP muss weiter gehen! Vielleicht wird er Jahre dauern. Diesen Kampf müssen wir annehmen, weil wir Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherrechte nicht der Diktatur der Märkte opfern dürfen. Der Satz des neoliberalen Vordenkers Hayek sollte uns immer in den Ohren klingeln: "Ich persönlich würde einen liberalen Diktator gegenüber einer demokratischen Regierung, der es an Liberalismus mangelt, bevorzugen."

Jochen Bauer



Jochen Bauer

Mitglied im Referat A
(Dienstrecht, Besoldung und
Vergütung) der GEW NRW

In der GE-W 159, Seite 8 hatte der Autor eine grundsätzliche Einschätzung zu TTIP gegeben. Dieser Artikel können Sie auf der Homepage (www.gew-gelsenkirchen.de) nachlesen.

----- Leserbrief -----

Joachim Penzel

Sehr geehrter Herr Mrosek,

- die Sache ist in Ihrem Presseprodukt ggf. schon 'verjährt', aber in der Realität wohl keineswegs:
es geht um die Artikel bzw. Reaktionen zum Thema Islam/Islamophobie/ etc. [s. Betreff]

Ich bin ebenfalls der Meinung, dass 'Links' auf dem islamischen/islamistischen Auge blind ist - oder zumindest. Sehstörungen hat; und dass doch bitte schön niemand etwas zuungunsten 'der Palästinenser' (wer ist damit eigentlich gemeint? ... im Gaza regiert die Hamas - eine Terrororganisation - mit eiserner Hand auch gegenüber der eigenen Bevölkerung ...) formuliere, scheint - u.a. - auch in Stein gemeißelt.

Ich finde es gut und mutig, dass Sie sich dieses sehr weiten Themenfeldes in der "GE-W" angenommen haben bzw. annehmen, und bekunde Ihnen hiermit meine Solidarität.

Eine Episode noch hierzu aus meiner Schule:

ein Kollege hängte Ihr Editorial aus GE-W 159 in Kopie an unser Schwarzes Brett; ein anderer Kollege riss es daraufhin mit den Worten, dass der Artikel "hetzerisch" sei, ab ...

Kein Kommentar ...

[Ich hängte es natürlich wieder hin ...]

Mit freundlichen Grüßen,

Joachim Penzel



Anträge an den Gewerkschaftstag



Weiterbeschäftigung von Tarifbeschäftigten nach Erreichen der Altersgrenze

Der Gewerkschaftstag beschließt den GEW-Landesvorstand NRW zu beauftragen, mit der Landesregierung über eine Aufhebung eines Weiterbeschäftigungsverbotes für LK nach Erreichen der festgelegten Regelaltersgrenze zu verhandeln.

Es soll in NRW ein Weiterbeschäftigungskorridor für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte offen gehalten werden, die dies für sich persönlich wünschen. Dies besonders, wenn rentenwirksame Wartezeiten noch nicht erfüllt sind.

Dieses soll analog §32 (1) LBG geschehen.

Keine Zusammenarbeit mit der Tarifunion

Der Gewerkschaftstag der GEW, LV-NW, fordert den Hauptvorstand auf, die Zusammenarbeit mit der Tarifunion bei Tarifverhandlungen einzustellen.

Begründung:

Die Tarifunion bietet nicht die Gewähr, sich jederzeit für die Interessen der Tarifbeschäftigten einzusetzen. Mit Ihrem Verhalten bei den Verhandlungen zu LEGO, hat sie bei der GEW das notwendige Vertrauen verspielt.

Qualitätsoffensive bei der Beschulung von Flüchtlingskindern

Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Qualitätsanalysen werden in NRW zunächst um zwei Jahre ausgesetzt.

Die Qualitätsprüferinnen und Prüfer werden inzwischen in den Schulen eingesetzt, in denen Flüchtlingskinder schwerpunktmäßig betreut werden.

Begründung:

Seit dem 01.08.2006 ist in unseren Schulen eine Qualitätsanalyse als „Verfahren der externen Evaluation“ flächendeckend eingeführt.

Die Qualitätsprüferinnen und Prüfer sind erfahrene Lehrkräfte. Sie kommen aus allen Schulformen und allen Regionen unseres Landes. Sie haben durch ihre Prüfertätigkeit ein großes Maß an Mobilität bewiesen. Darüber hinaus haben sie einen gewaltigen Schatz an Erfahrungen und Kompetenzen erworben.

Diesen Schatz gilt es nun zum Wohle der Flüchtlingskinder zu heben und zu nutzen.

Dabei werden diese Lehrkräfte in die Lage versetzt, wichtige weitere Kompetenzen zu erwerben, die für ihre berufliche Zukunft vorteilhaft sein kann.

Beamtenbund fällt Lehrkräften in den Rücken

// Für ein „Schweigegeld“ von gerade mal 30 Silberlingen haben sich die Mitgliedsverbände VBE, lehrer nrw, PhV, VLW und VLBS die Streikfähigkeit abkaufen lassen. //

Für eine Zulage von 30 Euro ab 01.8.2016 für einen Teil der Lehrkräfte ab EG 11 abwärts hat der dbb ein Regelwerk unterschrieben, das den Namen „Entgeltordnung“ nicht verdient. Es koppelt die Bezahlung der angestellten Lehrkräfte an die Beamtenbesoldung der jeweiligen Länder und bedeutet noch nicht einmal einen Einstieg für eine Höhergruppierung, dafür aber massive Verschlechterungen für einzelne Lehrergruppen.

Verlust von 25 000 Euro!

So sollen z.B. Lehrkräfte mit 1. Staatsexamen oder Lehramtsmaster künftig durch eine verlängerte Stufenlaufzeit über 25.000 Euro in den ersten 10 Berufsjahren verlieren. Die 30 Euro-Zulage ist damit ein Witz für diese und andere Lehrergruppen, auf die möglicherweise die Eingruppierungsordnung des dbb angewendet wird.

Warum der dbb das getan hat, kann er nur selbst beantworten. Aber man kann ja mal spekulieren. Auf den Demos und Kundgebungen waren die Mitglieder dieser Berufsverbände nicht so zahlreich zu sehen. War dem dbb die große Präsenz der GEW ein Dorn im Auge und wollte er schnell Ruhe haben? Andere munkeln, der dbb habe sich freundliche Gaben für die Beamten davon versprochen. Er hat den Vertragsentwurf geschluckt und versucht ihn nun als Erfolg zu verkaufen.

Welchen Schaden der Beamtenbund mit dieser Spaltung angerichtet hat, ist zurzeit noch gar nicht endgültig abzusehen.

Die GEW steht jedenfalls auf dem Standpunkt: Diese „dbb-Entgeltordnung“ gilt nicht für GEW-Mitglieder. Sie gilt nur für die Mitglieder von VBE, PhV, lehrer nrw, VLBS und VLW, die sich mit der Unterschrift nun die Friedenspflicht von vier Jahren (!) eingehandelt haben.

Unklar ist natürlich auch, wie die einzelnen Länder nun mit dieser Situation umgehen.

Die vielen Detailfragen - auch juristischer Art - und die möglichen Konsequenzen werden zurzeit von der GEW Bund geklärt.

Quelle: also136

Impressum



Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen,
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Redakteur: Karl-Heinz Mrosek

v.i.S.d.P.: Karl-Heinz Mrosek, GEW-Stadtverband Ge.
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Layout: Christine Steinchen

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH,
Resser Str. 59, 44653 Herne

Auflage: 4.000 Exemplare

Bildung und Integration von Flüchtlingen als kommunale Aufgabe

Dr. Manfred Beck (Stadtdirektor der Stadt Gelsenkirchen und stv. Vorsitzender des Schul- und Bildungsausschusses des Städtetages NW) äußert sich im Landtag zur Integration und den Aufgaben der Kommunen. Wir dokumentieren an dieser Stelle seine Rede.

Dr. Manfred Beck
Stadtdirektor Stadt Gelsenkirchen
45875 Gelsenkirchen
vb4@gelsenkirchen.de
(Stv. Vorsitzender des Schul- und Bildungsausschusses des Städtetages NW)

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3181

A19

Integration Flüchtlinge – Anhörung A 19 – 18.11.2015

Vorbermerkung

Die beiden Anträge, die dieser Anhörung zugrunde liegen, greifen das Thema „Flüchtlinge“ auf. Ich lege Wert auf den Hinweis, dass die Zuwanderungs-Herausforderung in einigen wenigen Kommunen (neben Gelsenkirchen z.B. Duisburg und Dortmund) durch enormen Zuzug aus EU-Staaten, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien, erheblich größer ist. In Gelsenkirchen (265.000 Einwohner) sind in den letzten drei Jahren saldiert rund 10.000 Menschen zugewandert. Darunter etwa 6.000 aus EU-Staaten. Die Integrationsanforderungen bei diesen Menschen sind keineswegs geringer als bei Flüchtlingen; für die Kommunen eher größer, weil Leistungsansprüche gegenüber Dritten oft nicht existieren bzw. unklarer sind als bei Asylsuchenden und z.B. pädagogische Grundbedarfe, Impfungen, Eingangsuntersuchungen etc. in der Regel kommunal finanziert werden müssen.

Zu den Fragestellungen der Anträge nehme ich aus Sicht des Beigeordneten für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration der Stadt Gelsenkirchen sowie des Gremienmitglieds des Städtetages NW und des Deutschen Städtetages Stellung:

Forderungen des Städtetages NW an das Land bzgl. der Beschulung von Flüchtlingen/Asylbewerbern/anderen Seiteneinsteigern

1. Die Beschulung von Flüchtlingen/Asylbewerbern/Seiteneinsteigern muss zukünftig stärker als bisher in der Lehreraus- und Lehrerfortbildung verankert werden.
2. Es müssen den Kommunen Sondermittel für Bau und Einrichtung von Schulräumen in auskömmlicher Höhe zur Verfügung gestellt werden. Auch die baurechtlichen Erleichterungen für Flüchtlingsunterkünfte müssen für die Nutzung bestehender oder mobiler Räumlichkeiten für Schulzwecke zur Anwendung kommen. Die Kommunen stehen schon jetzt oder aber in Kürze im Schulbereich vor ähnlichen Herausforderungen wie beim Bau und der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften.
3. Die im 3. Nachtragshaushalt beschlossene Einstellung von zusätzlichen 2.625 Lehrerinnen und Lehrern wird ausdrücklich begrüßt. Der Städtetag bezweifelt jedoch, dass diese Stellen ausreichen, um Flüchtlinge und Seiteneinsteiger/innen in erforderlichem Umfang beschulen zu können. Es werden weit mehr Lehrkräfte mit den Qualifikationen Deutsch als Fremdsprache (DaF) oder Deutsch als Zweitsprache (DaZ) benötigt. Es sollten unbürokratisch und unverzüglich alle Möglichkeiten genutzt werden, um Lehramtsstudierende, Referendare/innen, pensionierte Lehrkräfte, geeignete Quereinsteiger sowie ehrenamtliche Kräfte in den aktiven Schuldienst zu holen.
4. Gelingende Integration in das Schulsystem erfordert die Unterstützung durch weiteres Fachpersonal. Deshalb ist das Land gefordert, die Kommunen bei der Beschäftigung von schulischem Ergänzungspersonal wie Dolmetscher/innen, Sozialpädagoge/innen und Schulpsycholog/innen zu unterstützen. Schulische Integration darf nicht von der Haushaltslage einer Kommune abhängen. Deshalb ist eine Unterstützung des Landes zur Bewältigung der zusätzlichen Kosten für Schülerfahrten, für geeignete Lehr-/Lernmaterialien sowie die Fortbildung von pädagogischem und nicht-pädagogischem Personal erforderlich.

Kommunale Sprach- und Integrationsförderung für Kinder und Jugendliche am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen

Vorschulalter

Mit Landesförderung wurden als Ergänzung zum Regelsystem „Mobile Kindertageseinrichtungen“ (MoKi) geschaffen, die ein wohnortnahes Brückenangebot zu Regeleinrichtungen bieten. Nach Auskunft von Frau Ministerin Kampmann soll dieses Modell auch in anderen Kommunen gefördert werden. Mit Unterstützung einer Stiftung werden zusätzlich sogenannte „Kinderstuben“ nach dem Dortmunder Vorbild eingerichtet, die ebenfalls eine Brückenfunktion übernehmen. Schwerpunkte sind Sprachförderung, aber auch Kontaktaufnahme zu den Familien um angemessene Hilfen bieten zu können. Durch die enorme Zuwanderung sind die Versorgungsquoten im Regelsystem unter die Zielmarken gesunken. Es sind dringend zusätzliche KiTa-Plätze zu schaffen!

Übergang Elementarbereich/Primarstufe

Hier existiert ein akutes Problem, weil Kinder, die im letzten Jahr vor der Einschulung ankommen, nicht in Kindertageseinrichtungen integriert werden können, aber ab Klasse 1 am Regelunterricht teilnehmen müssen. Damit sind die Grundschulen offensichtlich überfordert. Wünschenswert wäre die Einrichtung einer Art „Förderklassen für I-Döztchen“ für diese Zielgruppe (in Anlehnung an die ehemaligen Schulkindergärten). Dazu könnten mobile Einheiten bedarfsgerecht an den Grundschulstandorten aufgestellt werden.

Primar- und Sekundarstufe

Das System der „Internationalen Förderklassen“ (Gelsenkirchener Bezeichnung für alle Formen) hat sich bewährt, stößt aber an räumliche, pädagogische und organisatorische Grenzen. In Gelsenkirchen existieren z.Zt. 84 solcher Klassen mit rund 1.500 Schüler/innen. Sie sind allerdings zum größeren Teil an ehemals auslaufend gestellten Schulen eingerichtet, was die Integration vor Ort erschwert. Bis zum Jahresende werden es rund 100 Klassen sein, womit endgültig alle räumlichen Kapazitäten ausgeschöpft sind. Zudem müssen am Ende des Schuljahres rund 900 Schüler/innen in das Regelsystem überführt werden.

Insbesondere Kommunen im Stärkungspakt bedürfen dringend der Förderung von Investitionen in neue Bildungseinrichtungen. Es müssen Grundschulen gebaut sowie bedarfsgerechte und zukunftsfähige Sekundarstufenschulen errichtet werden. Das sind in Städten wie Gelsenkirchen vor allem Gesamtschulen, von denen in meiner Stadt mindestens 2 neue, 6-zügige Systeme errichtet werden müssten.

Übergang Schule/Beruf

Junge Menschen, die gegen Ende der Schulpflicht zuwandern, erfahren im Augenblick noch nicht die systematische Förderung, derer sie bedürfen. So verlassen sie in der Regel das Schulsystem ohne Abschluss. Hier gilt es, spezielle Angebote an Abendrealschulen und/oder Volkshochschulen für diese Zielgruppe zu schaffen.

Weiterführende Sprach- und Integrationsförderung

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gebotenen Instrumente der Sprach- und Integrationsförderung erscheinen zielführend.

Kommunale Koordinierung der Integration

Die Koordinierungsaufgaben die mit dem immensen ehrenamtlichen Engagement, der Organisation bedarfsgerechter Maßnahmen und letztlich deren Durchführung verbunden sind, fordern Kommune und Bildungssystem enorme Leistungen ab. Auf kommunaler Seite müssen Koordinierungsleistungen bewältigt werden, die zurzeit nur durch Zurückstellen anderer, notwendiger Aufgaben gewährleistet werden können. Hier ist eine Förderung des notwendigen zusätzlichen Personals dringend erforderlich!

Das Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen, das im Moment in den parlamentarischen Gremien der Stadt beraten wird, vermittelt einen Eindruck von diesen Aufgaben:

<https://ratsinfo.gelsenkirchen.de/ratsinfo/gelsenkirchen/10204/SGFuZGx1bmdza29ue mVwdC1BNC0yNTA5MTUtRklOLnBkZg==/12/n/74565.doc>

Wenn die Rente naht ...

// Tarifbeschäftigte Lehrkräfte können auch im laufenden Schuljahr „in Rente“ gehen. Deshalb informieren wir anhand eines Beispiels über die verschiedenen Möglichkeiten des Rentenbeginns. //

Unsere tarifbeschäftigte Beispiellehrerin wurde am 15.10.1950 geboren. Ihre Regelaltersgrenze wäre demnach der 01.3.2016 (Ende des Monats nach Vollendung des 65. Lebensjahres zuzüglich vier Monate). Sie könnte also ihren Rentenbezug zu diesem Monat beantragen. Ein Antrag auf Rentenbezug ist übrigens immer erforderlich, denn die Rente kommt nicht automatisch.

Nun sieht der Tarifvertrag Länder (TV-L) vor, dass das Arbeitsverhältnis mit dem Schulhalbjahr endet, welches der Regelaltersgrenze folgt. Hier wäre das der 31.07.2016. Wenn unsere Kollegin nichts tut bzw. nur ihre Rente beantragt, muss sie bis zu diesem Termin, den der Tarifvertrag vorgibt, arbeiten.

Sie hat nun drei Möglichkeiten zu handeln:

1. Sie will zu dem Termin der gesetzlichen Altersgrenze am 29.02.2016 aufhören:

Sie stellt ca. 5-6 Monate vorher einen Antrag an die Dienststelle (Grundschule Schulamt, ansonsten Bezirksregierung) auf Aufhebung ihres Arbeitsvertrages wegen Rentenbezugs zum 29.02.2016. Sie beantragt die Rente bei der Rentenversicherung.

2. Sie will erst zum 31.07.2016 aufhören (Rechtsanspruch durch TV-L):

a. Sie kann dann dennoch bereits ab gesetzlicher Altersgrenze Rente zum 01.03.2016 beantragen. Da es ab gesetzlicher Altersgrenze (29.02.2016) keine Grenze beim Hinzuverdienst gibt, erhält sie gleichzeitig Rente und Gehalt (ohne Abzüge für Renten- und Arbeitslosenversicherung, allerdings für Kranken- und Pflegeversicherung).

b. Sie beantragt die Rente erst ab der tariflichen Altersgrenze, also ab 01.08.2016. Die Rente erhöht sich dann um jeden Monat der nicht in Anspruch genommenen Altersrente um 0,5 %, hier also um 2,5 %. Dazu erhöht sich die Rente um die Punkte, die man in den fünf Monaten der Beschäftigung noch erwirbt. Beim Gehalt wird kein Beitrag für die Arbeitslosenversicherung fällig.

Flüchtlingsarbeit des DGB in Gelsenkirchen

Sachspenden und Unterstützung wird gebraucht

Der DGB engagiert sich mit einem Betreuungs- und Bildungsangebot in der Flüchtlingsarbeit in Gelsenkirchen.

Montag -Freitag von 8-12 Uhr
Sprachkurse für Männer
Ort: DGB-Haus der Jugend

Montag und Mittwoch von 9-12 Uhr
offene Beratung für geflüchtete Frauen Kooperation mit der Beratungsstelle Frauen in Not e.V. und DGB-Frauen
Ort: DGB-Haus der Jugend

Mittwoch und Donnerstag von 9-12 Uhr
Deutschkurs für geflüchtete Frauen, Kooperation mit Beratungsstelle Frauen in Not e.V. und DGB Frau
Ort: DGB-Haus der Jugend

Samstag 9-12 Uhr
Vorbereitungskurs zur Aufnahme in die Schule für Kinder Kooperation mit Beratungsstelle Frauen in Not e.V. + DGB Frauen in der Einrichtung Emscher-Lippe- Halle

Für die Arbeit mit den Kindern fehlen noch Papier, Stifte, Scheren, Kleber, Radiergummi, Anspitzer usw.

Und hier können Sie sich weiter informieren:

Susanne Franke
DGB-Haus der Jugend
Gabelsberger Straße 12
45879 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 22855
Fax: 0209 22850
franke@dgb-hausderjugend.de

Das DGB- Haus der Jugend
Montag bis Donnerstag
von 13 Uhr bis 19 Uhr,
Freitag von 14 bis 18 Uhr
und darüber hinaus nach
Absprache für Besucher
geöffnet.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb
am 10. Oktober 2015 im Alter von 66 Jahren
der Lehrer im Ruhestand

Rolf Kranefeld

auf einer Urlaubsreise in Spanien.

In den 1970er Jahren war er als Vorsitzender der Fachgruppe Grund- und Hauptschulen im GEW-Stadtverband Gelsenkirchen tätig.

In den 1990er Jahren leitete er den GEW-Ortsverband Gladbeck. Seine letzte Dienststelle war die Gesamtschule Gladbeck.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für die GEW Gladbeck: Nicola Thiele

Für die GEW Gelsenkirchen: Karl-Heinz Mrosek

Die Liebe hört niemals auf.
1. Cor., 13,8

Schwester

Rosario Rodríguez de la Madrid

*6.11.1955 + 26.8.2015

" Die Liebe Gottes im Leben Gestalt werden (zu) lassen,
ist unser Charisma und unsere Sendung." K1,3

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Schwestern der Liebe Gottes und Familien
Rodríguez de la Madrid

Schwester Rosario war Mitglied unseres Stadtverbandes.
Wir werden ihr ehrendes Andenken bewahren.

Karl-Heinz Mrosek Leitungsteam

Predigt von Pastor Heising zum 1. Mai 2015



1. Mai „Tag der Arbeit“
ökumenischen Gottesdienst am
01.5.2015 zum Start der Maidemonstration
am Musiktheater
Predigt von Pastor Dieter Heising

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

das Wichtigste kommt am Schluss; so wohl auch beim diesjährigen Motto des DGB für den 1. Mai. Es lautet ja:

“Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“
Natürlich kann man das unterschiedlich betonen: **die Arbeit** – oder **die Zukunft** – oder **das Gestalten** - aber ich finde, **das Wichtigste, das sind Wir**. Aber was so vermeintlich selbstverständlich klingt: **“Wir“** – das ist im Alltag doch meistens ein sehr beschränktes „Wir“.

Gemeint ist doch eher oft: Wir und die da, die von der anderen Partei, von der anderen Gewerkschaft, wir und die Marxisten, die Christinnen, die Konservativen - und leider gibt es noch viel mehr Trennendes zwischen vielen von uns. Und ich will das ja auch nicht einfach naiv verwischen: es hat ja auch Gründe, warum wir in so manchen Dingen je anders denken und handeln – das ist eben nicht immer gleich.

Und dann kommt aber dieses „Wir“, die „Wir“ die Arbeit der Zukunft gestalten. Wenn das aber mehr sein soll als nur ein traditionelles Beschwören der Gemeinsamkeit, dann tut es gut, Gemeinsamkeit auch zu erfahren, zu spüren. Indem Ihr hier seid, zeigt Ihr doch alle, dass Euch dieses „Wir“ wichtig ist. Zum „Wir“ gehört heute doch auch die aus der anderen Partei, gehört der Kollege

aus der anderen Gewerkschaft, gehören Marxistinnen und Christen, gehören Männer und Frauen – jedenfalls alle die, die sich im Sinne der arbeitenden Menschen für die Gestaltung der Arbeit der Zukunft einsetzen wollen.

Und das ist so wichtig, weil es ja doch auch die andere Seite gibt, die Seite derer, denen es schietegal ist, wer zu welchen Konditionen wie und wo arbeitet – Hauptsache Renditen und Dividenden stimmen.

Und die hatten nie ein Problem damit, gemeinsam solche Ziele zu verfolgen. Das waren oft die, die gestaltet haben. Aber eben eine Gestaltung, die Arbeitsplätze kostet, die Tariflöhne unter Druck setzt und die die Ausbeutung und Verfügbarkeit der Menschen auf die Spitze treibt. So was lässt sich am besten durchsetzen, indem man die Menschen auseinander bringt, sie vereinzelt im Sinne von : Teile und herrsche. Leider ist das in weiten Teilen auch gelungen und deshalb müssen wir wohl wieder ganz direkt anfangen, etwas dagegen zu setzen; wir brauchen mehr Nähe untereinander, sollten uns wahrnehmen und offen füreinander sein. Aber natürlich: Reden ist Silber – Umsetzen ist in diesem Fall nicht Gold, aber hilfreich!

Probiert es ein bisschen aus! Rückt näher zusammen! Stellt Euch vielleicht gegenseitig vor! Nehmt den anderen/ die andere überhaupt erst einmal wahr!
Das geht am Leichtesten mit MUSIK !

(An dieser Stelle erfolgte die Aufforderung zum konkreten Zusammenrücken / dazu Musik von Norbert Labatzki)

So, nun haben wir uns schön aufeinander zubewegt – und sind dennoch aber noch nicht zum großen „Wir“ geworden. Denn dazu gehören noch viele andere. Nicht nur die, die heute lieber einen Ausflug machen oder die gerne schlicht mal Ausschlafen an so einem Tag.

Nein, dazu gehören noch ganz andere: nämlich diejenigen, denen seit Jahren alle Chancen auf ein gutes Leben in dieser Gesellschaft verwehrt werden, weil sie jeden Tag die Einschränkungen erleben müssen, die Hartz IV mit sich bringt. Nein, es sind nicht wir auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Looser, die Faulen, die Blöden und die in der angeblich sozialen Hängematte.

Nein, jeder Arbeitslose, jede Langzeitarbeitslose; sie gehören zu diesem

alle dazu, zu allen, die die Arbeit der Zukunft gestalten.

Und da sind noch mehr: ob uns das passt oder nicht: da sind diejenigen, die zu Tausenden das Massengrab Mittelmeer überlebt haben. Auch sie gehören zu allen, jedenfalls zu allen, die die Arbeit der Zukunft gestalten. Denn gelingt uns das nicht (dass sie eben auch dazugehören) dann werden sie dennoch weiter kommen – und das zu Recht – denn würde nicht jeder von uns genauso handeln, wenn seine Kinder verrecken, wenn die Familie ständig in die Sklaverei gezwungen wird, wenn nicht einmal die Freiheit zur Religion gegeben wird? Wer von uns, von uns allen, würde sich da nicht auf die Flucht machen?



Der tiefste Grund dafür liegt schlicht im Menschsein. Begründet in der Würde des Menschen (wie unser Grundgesetz es formuliert), oder einfach in dieser humanistischen Überzeugung, oder für Christinnen und Christen unter uns darin, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen wurde und damit ausgestattet ist mit gleichen Rechten für alle und eben auch mit einer Würde, die weder durch Hautfarbe noch Herkunft, weder durch Geschlecht noch Talent und erst Recht nicht durch Nationalität eingeschränkt ist.

Nein, Fremde und Erwerbslose: sie gehören zu uns allen, zu denen, die die Arbeit der Zukunft gestalten.

(An dieser Stelle erfolgte die Aufforderung, das Kreuz der Arbeitslosigkeit in die Mitte der Runde zu bringen / dazu Musik von Norbert Labatzki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer die Arbeit der Zukunft gestalten will, der und die muss jetzt handeln, jetzt in der Gegenwart!

Das duldet keinen Aufschub. Das ist nicht erst für später! Da ist Nichts vor-dringlicher!

Dazu ein kleiner Abschnitt aus der Bibel:

„Nun zu euch, die ihr sagt: »Heute oder morgen werden wir in die und die Stadt reisen! Dort werden wir ein Jahr lang Geschäfte machen und viel Geld verdienen. Woher wisst ihr denn, was morgen sein wird? Was ist euer Leben? Es gleicht einem Dampfwölkchen, das aufsteigt und sich sogleich wieder auflöst. Sagt lieber: »Wenn der Herr es will, werden wir noch leben und dies oder jenes tun. Ihr aber seid stolz und überheblich; und ein solcher Stolz ist verwerflich. Im Übrigen gilt: Wer die Zeit und die Mittel hat, Gutes zu tun, und es nicht tut, macht sich schuldig.“

Soweit der warnende Hinweis aus der Bibel. Nicht erst mal für eine vermeintlich eigene Sicherheit sorgen – und dann vielleicht die anderen in den Blick nehmen – das wäre auch mehr als trügerisch.

Nein, jetzt ist die Zeit zu handeln.

Wer die Zeit und die Mittel hat, Gutes zu tun, und es nicht tut, macht sich schuldig.“

So hieß es ja. Wer das nicht beachtet, der/ die macht sich nicht nur schuldig (vielleicht ist das ja eine Aussage, die als Warnung auch nur die wirklich tangiert, denen die Bibel wichtig ist).

Nein, wer jetzt nicht mit allen, wirklich allen, die Geschicke in die Hand nimmt und gestaltet, der/die braucht sich nicht zu wundern, wenn wir dann bald gestaltet werden. Gestaltet und geschaltet: nämlich gleichgeschaltet.

Nichts anderes haben doch Rechte, Pegida und wie sie alle heißen vor. Deshalb ist es so wichtig, heute Abend in Rotthausen dabei zu sein, wenn es gilt, diesen Gruppen entschieden zu widersprechen. Denn tun wir das nicht, dann werden nicht nur wir in unserer Gegenwart darunter zu leiden haben, sondern auch unsere Kinder und Enkel werden unter den Folgen leiden müssen, die ein solcher Rechtsruck hervorbringen würde.

Das meint ja zum Beispiel auch die Bibel, wenn sie davon redet, dass mehrere Generationen unter den Verfehlungen der Väter und Mütter zu leiden haben.

So kann uns die Bibel einen warnenden Spiegel vorhalten und gerade wir

Deutschen haben doch die Erfahrung gemacht, dass dieses Buch hier weder veraltet ist noch Irreales beschreibt.

Aber sie hat ja nicht nur Warnungen bereit; sie malt auch die Zusagen und Verheißungen einer Welt aus, wie sie sein könnte, wie sie wäre, wenn wirklich alle nicht nur die Arbeit der Zukunft gestalten, sondern wenn wir alle uns wirklich bemühen, der Würde des Menschen wieder den Raum einzuräumen, der ihr zusteht.

Sei es für die einen aus humanitären Gründen, für andere aus rein juristischen Bestimmungen (ich erinnere an das Grundgesetz) oder eben aus christlicher Überzeugung heraus.

So wie es in dem biblischen Bild zusammengefasst ist, wenn es zum Thema Welt und Mensch heißt: **und siehe, es war alles sehr gut** - es heißt eben nicht: und siehe, es war alles sehr profitabel.

Wenn so unsere Grundkoordinaten wieder ins Lot kommen, vielleicht brauchen wir dann bald keine Gegendemos mehr und auch kein Kreuz der Arbeitslosigkeit mehr – denn:

Siehe, es war alles sehr gut!

So sei es oder übersetzt: Amen!

Die Schüler der Madame Anne DGB-Filmpreis



Der mit 7.000 Euro dotierte Filmpreis „Die Sinne“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) würdigt gesellschaftlich in besonderer Weise engagierte Filme.

Er ging in diesem Jahr für den Film „Die Schüler der Madame Anne – Les Héritiers“ an die französische Regisseurin Marie-Castille Mention-Schaar. Der Siegerfilm erzählt eine bewegende Geschichte über Integration, inspiriert von einer wahren Begebenheit: die 11. Klasse eines Gymnasiums im Pariser Vorort Creteil ist eine Problemklasse, der neuen Lehrerin Anne Gueguen begegnen Unwille und Provokationslust. Doch sie versteht es, die Muster der Jugendlichen zu durchbrechen, und meldet die Klasse bei einem Geschichtswettbewerb über den Holocaust an.

Seit dem 5. November läuft der Film in deutschen Kinos (ständig aktualisierte Informationen zu Spielorten auf der Website des Films www.madameanne.de unter der Rubrik „Kinofinder“.)

Das Institut für Kino und Filmkultur erarbeitet Begleitmaterial zur Vor- und Nachbereitung für Lehrkräfte, die den Film in Unterricht nutzen wollen.

Es wird als pdf-Datei unter www.film-kultur.de/glob/die-schueler-der-madame-anne_fh.pdf zum Download zur Verfügung stehen.

Die IKF-Film-Hefte enthalten eine Inhaltsangabe, entfalten die Problemstellung, geben Erläuterungen zur Filmsprache, bieten Diskussionsanregungen und Fragen und geben Hinweise für den Einsatz im Unterricht.

Red.

Lyrik & Prosa

Kinderliteratur neu gelesen:

Oh wie schön ist Panama

Veröffentlicht am Mittwoch,
16. September 2015

Geschrieben von
Bernd Matzkowski
Aus Herr Kules Magazin

Vorbemerkung:

Der Verfasser des Beitrags hat vier Kinder. Das älteste ist 31 Jahre alt, das jüngste sieben Jahre alt. Allen Kindern hat der Vater natürlich abends aus bekannten Kinderbüchern vorgelesen. Macht es beim ersten Kind Spaß, ist es beim zweiten schon eher Routine und beim dritten nahezu lästig.

Spätestens beim vierten Kind aber beginnt man, sozusagen auf einer zweiten Ebene der Gehirnmotivität, bereits beim Vorlesen über den zu Geschichten geronnenen Schwachsinn, den man da vorliest, nachzudenken.

In einer lockeren Folge sollen einige der vorgelesenen Kinderbücher vorgestellt werden, wobei angemerkt sein muss, dass – nach vorläufiger Einschätzung – zumindest die Kinder das Vorlesen unbeschadet überstanden haben.

JANOSCH: Oh, wie schön ist Panama

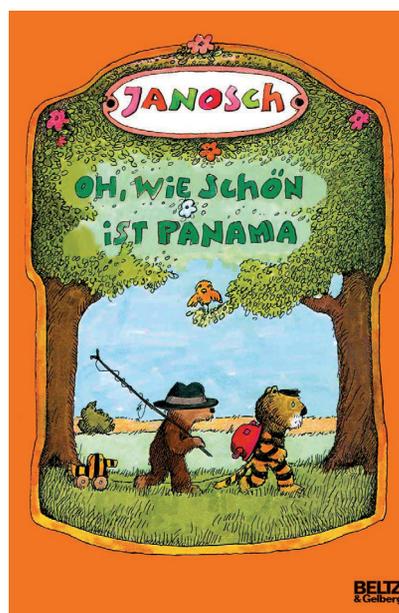
Das 1978 erschienene und ein Jahr später mit dem deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnete Werk „Oh, wie schön ist Panama“ gehört wohl zu den bekanntesten Geschichten des Illustrators und Schriftstellers Janosch (eigentlich Horst Eckert), der sein privates Panama schon lange auf Teneriffa gefunden hat.

Wie in anderen Erzählungen von Janosch auch stehen im Mittelpunkt der Geschichte Bär und Tiger, die gleichermaßen kleinwüchsig und grenzdebil sind und in einer Zweierwohngemeinschaft in einer, nach modernen Maßstäben, kitschigen Schrottimobilie leben. Während sich der eine, nämlich der Bär, aufs Fischen spezialisiert hat, ist sein tigergestreifter Freund ein großer Pilzsammler, weswegen es bei ihnen im regelmäßigen Wechsel gebratenen Fisch oder Pilzsuppe gibt.

In der Nähe ihres Hauses muss es einen Supermarkt geben, den Janosch uns allerdings nicht zeigt. Eines Tages finden sie nämlich eine Kiste mit der Aufschrift „Panama“, die ein Lieferant oder Käufer von Bananen achtlos weggeworfen hat, anstatt sie vorschriftsmäßig zu entsorgen, also in der Blauen Tonne für Altpapier.

Gleichwohl: Die Kiste duftet köstlich nach Bananen. Und der Duft der Bananen vernebelt Bär und Tiger die sowie so schon nicht besonders leistungsfähigen Gehirne, und so beschließen sie, nach Panama aufzubrechen, dem neuen Land ihrer Träume. Damit sie auch wissen, wo es lang geht, basteln sie sich aus der Kiste einen Wegweiser, wobei ihnen die Kistenaufschrift „Panama“ das Ziel ihrer Reise anzeigt. Den Wegweiser stellen sie in ihrem Haus auf und brechen zu ihrer Reise auf. Natürlich in Begleitung der sich auf Rollen bewegendem Tigerente.

Auf selbigem Weg treffen sie nach und nach eine ganze Reihe von Figuren aus dem zuckersüßen Kosmos von Janosch, die trotz aller Unterschiede in Gestalt und Wesensart mit den beiden Protagonisten eines gemeinsam haben: einen IQ, der deutlich unter dem einer Schnitte Graubrot liegt.



Diese ganzen Armleuchter haben zwar keine Ahnung, was Panama ist und wo es überhaupt liegt, was sie aber nicht unbedingt daran hindern kann, den beiden Wanderern Tipps zu geben, in welche Richtung sie weiter wandern sollen, denn es ist ja völlig klar, dass Bär und Tiger schon kurze Zeit nach dem Aufbruch völlig orientierungslos

durch die Gegend ziehen und deshalb immer wieder nach dem Weg fragen müssen. Zwar sind die Auskünfte entweder nichtssagend oder widersprüchlich, aber unsere beiden Gesellen mit besonderem Förderbedarf auf Grund von Teilleistungsschwächen und erheblichen Bildungsdefiziten folgen allen Tipps, auch wenn sie völlig gegensätzlicher Natur sind.

So kann es nicht verwundern, dass sie letztlich wieder an ihrer Immobilie ankommen. Diese ist aber, entweder, weil sie sehr lange unterwegs waren oder weil die Naturlandschaft, in der sie leben, wegen irgendwelcher Mutationen turbomäßig wächst, völlig überwuchert und zugleich verfallen.

Aber auf dem Fußboden ihres Hauses finden sie den Wegweiser mit der Aufschrift „Panama“.

Sie können zwar nicht denken, aber immerhin verfügen sie wohl über rudimentäre Lesefähigkeiten, und sie glauben nun, sie seien tatsächlich in Panama angekommen. Und wie der Titel der Geschichte verrät, finden sie es in Panama so richtig schön. Soweit – so gut!

Nun wird jedes nicht gerade tiefbegabte Kind, das aufmerksam zugehört hat, fragen: Aber Papa, wieso glauben die beiden denn, sie seien in Panama? Die sind doch nur im Kreis gelaufen. Und wie kommt man tatsächlich nach Panama, und wo liegt das?

Wenn man nicht zu einer Notlüge greifen will, dann muss man wohl sagen: Na ja, Panama verbindet Nord- und Zentralamerika mit Südamerika und trennt gleichzeitig Atlantik und Pazifik. Beide Meere werden aber durch den Panamakanal verbunden, weil die trennende Landmasse hier besonders schmal ist.

Und das Kind wird weiter fragen: Ist Panama denn wirklich so schön? Und wir werden gezwungen sein zu antworten: Das mag schon sein. Aber das Auswärtige Amt warnt vor einer besonders hohen Gewaltkriminalität – auch tagsüber. Zudem sind Denguefieber, Cholera und Gelbfieber verbreitet, wobei gleichzeitig die ärztliche Versorgung eher schlecht ist.

Dann fragt das Kind: Also bleiben wir lieber zu Hause?

Und wir antworten: Oder wir fahren mit der AIDA luna bis Panama Stadt – verlassen aber das Schiff nicht.

Gute Idee, wird das Kind sagen, und sich dann endlich umdrehen und einschlafen.

Ihre Kandidaten für die Bezirkspersonalräte

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Grundschule in Münster



Kandidiert auf dem Spitzenplatz

Lothar Jacksteit
Glückaufschule-Ückendorf GE
Tel. priv.: 0209 492651
Tel. Pers.-büro: 0209 42241
ljacksteit@arcor.de



Kandidiert auf einem sicheren Listenplatz

Markus Dudel
Josef-Rings-Schule Gelsenkirchen
Tel. dienstl.: 0209 64610
Tel. priv.: 0209 3595576



Fatime Yanas
Grundschule
Hohenfriedberger Straße
Gelsenkirchen

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Gymnasium



seit 4 Jahren Personalrat

Britta Logermann
Annette-von-Droste-Hülshoff
Gymnasium Gelsenkirchen
Britta.logermann@web.de



seit 4 Jahren im Hauptpersonalrat Gymnasium

Gönül Candan
HPR-Gymnasium GEW-Landesvorstand
Tel. 0178 5163083 (dienstl.)
Goenuel.candan@gew-nrw.de



Florian Beer
WK Emscher Lippe
Gelsenkirchen



Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Realschule

Gisela Barthelmes
Realschule an der St.- Michael- Straße
Gelsenkirchen
Tel. 0209 513759
Gisela.barthelmes@gmx.net



Jan Müller
Realschule an der
St.- Michael- Straße
Gelsenkirchen

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Hauptschule



Spitzenkandidatin

Elfi Jonton
 z. Zt. Stellvertretende PR- Vorsitzende
 ab 01.02.2016 PR- Vorsitzende
 Erich-Fried-Hauptschule
 Gladbeck
 Tel. 02361 9044144
 Elfi.jonton@t-online.de



Petra de Jesus Augusto
 Vertrauensfrau der Schwer-
 behinderten
 Hauptschule Schwalbenstraße
 Gelsenkirchen
 Tel. 0209 9773124
 petrakokott@gmx.de

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Gesamtschule



seit 4 Jahren im Personalrat

Ulrike Thiele
 Ingeborg-Drewitz-Gesamtschule
 Gladbeck
 u.clever@web.de

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Berufskolleg



Mira Duk
 Berufskolleg für Technik und Gestaltung
 Gelsenkirchen
 Telefon: 0209 45031-22
 duk@btg-ge.de



Beate Brinkmeier
 Berufskolleg Gladbeck
 brinkmeier@berufskolleg-gladbeck.de



seit 8 Jahren Personalrat

Olav Tanner
 Gesamtschule Ückendorf
 Gelsenkirchen
 Tel. 0234 5162580
 Ota.tanaka@gmx.net

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat Förderschulen



seit 20 Jahren in der
 Personalratsarbeit

Detlef Seela
 Städt. Förderschule mit dem
 Schwerpunkt Lernen Gelsenkirchen
 Tel. 0251 411-4030
 Detlef.seela@brms.nrw.de



Christina Tönges
 z. Zt. noch Städt. Förder-
 schule an der Turfstraße
 ab 01.02.2016
 Städt.Förderschule -
 Förderschwerpunkt
 geistige Entwicklung

GEW ehrt Jubilare

Am 13. November führen die Vorstände der GEW in Gelsenkirchen und Gladbeck die Ehrung von Jubilarinnen und Jubilaren durch. Die Urkunden überreichten für die Gelsenkirchener das Leitungsteam bestehend aus Lothar Jacksteit, Britta Logermann und Karl-Heinz Mrosek. Die Ehrung für die Gladbecker übernahm für den Vorstand Gladbeck Nicola Thiele.

25 Jahre in der GEW



Geehrt wurden folgende Jubilare:
Norbert Schulz, Bettina Schwarz-Brosch und Erika Siehoff

60 und 65 Jahre GEW



Die Ehrenjubilare haben ihr ganzes Arbeitsleben der GEW die Treue gehalten. Die Lehrerin Erika Mittelhockamp war zuletzt an der Hauptschule Grillostraße tätig und Rektor Günter Sporn leitet zuletzt die Hauptschule an der Sandstraße in Gelsenkirchen.

40 Jahre in der GEW



Fotos: Jürgen Bleichert

Geehrt wurden folgende Jubilare:
Bodo Haardt, Barbara Hohmann, Barbara Kolkenbrock, Karl-Heinz Mohr, Alfons Schindler, Monika Luzius, Gudrun Müller und Anne Türck



Wir wünschen allen noch weitere gesunde Jahre mit und in der GEW.

